

Lausitzer Zeitung

f ü r

Tagesgeschichte und Unterhaltung

n e b s t

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger
Abonnements-Preis:
für Görlitz 12 gr. 6 pf.
innerhalb des ganzen Preussischen
Staats incl. Porto-Ausschlag
15 gr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal,
Dienstag, Donnerstag und
Sonnabend.
Insertions-Gebühren
für den Raum einer Corpus-Zeile
6 pf.

Redaction: G. C. Ziegler.

Görlitz, Sonnabend den 26. Januar 1850.

Verlag von G. Heinze & Comp.

Deutschland.

Frankfurt a. M. Die bereits unter der früheren Centralgewalt mit der Oldenburgischen Regierung eingeleiteten Unterhandlungen wegen Unterbringung eines Theiles der deutschen Kriegsflotte in Oldenburger Häfen, werden dem Vernehmen nach, von der interimistischen Bundescommission fortgesetzt, und lassen ein befriedigendes Ergebnis erwarten.

Preußen. Königl. Verordnung, d. d. Berlin, 22. Jan. Nachdem die auf Grund des Art. 105 (f. Nr. 5 der Lauf. Ztg.) der Verfassungs-Urkunde unter dem 9. Febr. 1849 in der Gesessamml. von 1849 S. 110 verkündete Verordnung über die Errichtung von Gewerbegerichten, jenem Artikel der Verfassungs-Urkunde gemäß, den Kammern zur Genehmigung vorgelegt worden ist, haben beide Kammern der gedachten Verordnung ihre Genehmigung erteilt. Das Staatsministerium. Graf v. Brandenburg u.

Berlin, 20. Jan. Sr. Maj. hat gestern folgendes von dem Minister v. Manteuffel gegenzeichnetes Cabinets-Schreiben an die Mitglieder des hiesigen conservativen Central-Wahlausschusses für den Erfurter Reichstag erlassen: „Ich danke Ihnen für den Ausdruck der Treue und Anhänglichkeit, mit welcher Sie Mir beim Beginn des Neuen Jahres entgegengekommen sind. Dabei lasse ich dem von Ihnen geschilderten Bestreben, die Theilnahme an den Wahlen zum deutschen Parlamente zu beleben und die Bedeutsamkeit derselben anschaulich zu machen, gern Meine Anerkennung zu Theil werden. Sie handeln in Meinem Sinne, wenn Sie von der Ueberzeugung geleitet werden und ihr bei den Wählern Eingang verschaffen, daß Preußens Ehre und Kraft die beste Bürgschaft für Deutschlands Ruhm und Größe sind.“

Berlin, 21. Jan. Die als ministeriell allgemein betrachtete „Deutsche Reform“ spricht sich über die obwaltende Crisis folgendermaßen aus: Wir bedauern, nach wenigen Tagen freudiger Hoffnung auf eine endliche und sichere Lösung unserer Verfassungs-Crisis von Neuem alten Zweifeln über deren Zustandekommen Raum geben zu müssen. Wir hätten geglaubt, in den mehrfach besprochenen Anträgen von Camphausen und Avenarius die Bahn bezeichnet zu sehen, auf welcher den constitutionellen Ansprüchen der Kammern entgegengekommen werden könnte, ohne demjenigen Grundsatz etwas zu vergeben, welcher der Regierung die Zustimmung zur Streichung von §. 108 untersagt. Aber der Gesichtspunkt, von welchem wir den Camphausenschen Antrag betrachtet zu sehen wünschten, scheint bei den Wortführern beider Seiten vor dem andern so bedenklichen und gefährlichen Gesichtspunkte, welcher auch in jenem Antrage die Steuerverweigerung in Aussicht stellt, nicht Geltung erhalten zu haben, und nur zu entschieden ist die Sache als ein Markstein um Grundsätze behandelt worden, als daß nicht hieran der an und für sich gemäßigte, von der Regierung ausgegangene Vorschlag hätte scheitern sollen. Es konnte bei dieser Behandlung der Sache nicht ausbleiben, daß nicht nur die Mehrheit der ersten Kammer, welche ebenso entschieden an der Beibehaltung von §. 108 festhält, wie die Mehrheit der zweiten Kammer an dessen Streichung, sich gegen den vorgeschlagenen Vergleich erklärt, wie es unzweifelhaft der Fall zu sein scheint, sondern daß auch die Krone nicht

so willfährig, wie es erst der Fall war, die Hand zur beabsichtigten Verständigung reicht. (Epz. Ztg.)

Berlin, 21. Jan. Das unglückliche Schwanken aller unserer politischen Verhältnisse scheint sich bis auf den letzten Augenblick und im verstärkten Maße zu erhalten. Während wir vorgestern noch melden konnten, daß das Ministerium seine Absicht erklärt habe, im Amte zu bleiben, soll die Sache gestern Morgen plötzlich eine völlig andere Wendung genommen haben. Wie mit Bestimmtheit verlautet, wird das Ministerium zurücktreten und einem Ministerium v. Gerlach Platz machen. Ueber den inneren Zusammenhang dieser plötzlichen neuen Umgestaltung ist noch Vieles unklar; nur das scheint sich aussprechen zu lassen, daß das Ministerium gegenwärtig seinen Abschied nicht verlangt, sondern empfängt, und daß es ihn keineswegs mit ausschließlichlicher Rücksicht auf die Verfassungs-Vorlagen vom 7. d. M. empfängt. Welche weiteren Beweggründe und Verwickelungen mitwirkend waren, ist freilich noch nicht anzugeben, um so weniger, als am Ende Niemand gegen eine abermalige Umgestaltung wird gut sagen mögen. Die Neuigkeit wurde gestern Nachmittag in sehr engen Kreisen und sehr vertraulich besprochen, war jedoch bis zum Abend schon in die Oeffentlichkeit gedrungen. Camphausen soll keinen Zutritt zum Könige mehr haben und v. Bodelschwingh-Hagen nur noch sehr ungnädig empfangen werden.

Die heutige Beantwortung der Besseler'schen Interpellation durch den Minister v. Schleinitz darf als ein Ereigniß von großer Wichtigkeit aufgefaßt werden. In formeller Beziehung scheint ein Streit über die Rechtsbefugniß zwischen der Frankfurter Bundes-Commission und dem Erfurter Schiedsgerichte die nächste Folge. In materieller Hinsicht zeigt sich die ganze Unhaltbarkeit des vom Ministerium in der deutschen Frage eingenommenen Vermittelungs-Standpunkts, welche der Minister dadurch selbst einzufestehen schien, daß er bekannte, die Regierung halte zwar die Befugniß der Bundes-Commission nicht für zweifelhaft, habe sich aber darüber noch nicht schließlich ausgesprochen. Täuscht nicht Alles, so werden die Folgerungen des meissenburger Verfassungsstreites ziemlich allgemein zu der Ueberzeugung führen, daß der gegenwärtige Standpunkt Preußens in der deutschen Frage ganz aufgegeben werden muß und daß man nur die Wahl hat, entweder auf dem Boden der Revolution fortzuschreiten, was zu neuen Umwandlungen bisher selbständiger Staaten oder Uebergängen derselben in unfreie und unterwürfige führen muß, oder ganz zum Grundsatz des alten deutschen Staatsrechts zurückzukehren und den früheren Bund zu erneuern. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß zunächst das Letztere versucht werden wird, namentlich wenn das Ministerium der in Aussicht gestellten Umgestaltung unterliegen sollte. (Epz. Ztg.)

Für den Fall, daß die gegenwärtigen Minister in Berlin zurücktreten sollten, spricht man von folgender Ministerliste: von Gerlach, Präsident; Gen.-Lieut. v. Rauch, Krieg; Landrath Graf v. Krassow, Cultus; Appell.-Ger.-Vizepräf. Göthe (in Greifswald), Justiz; v. Kleist-Reckow, Inneres. Für Handel und Finanzen ist noch nicht entschieden, in Vorschlag war Hr. Hansemann.

Noch ist ein anderes Gerücht verbreitet, daß eine Minister-Veränderung in dem Sinne bevorstehe, daß der Graf v. Brandenburg und der Kriegsminister Generalmajor v. Strotha aus-

scheiden und der Minister v. Manteuffel Minister-Präsident werden würde.

Die „Constitutionelle Correspondenz“ erzählt in Betreff der von der „Wiener Zeitung“ im October v. J. so „pomphastisch“ angekündigten „Vorschläge zur Anbahnung einer österreichisch-deutschen Handelseinigung“, daß die österreichische Regierung sich amtlich darüber noch gar nicht habe vernahmen lassen, ungeachtet der preussische Gesandte in Wien schon im December den officiellen Auftrag erhalten habe, auf eine amtliche Erklärung des österreichischen Cabinets in dieser Beziehung anzutragen. Es habe sich einfach „um einen österreichischen Puff“ gehandelt, „der nun in seiner ganzen Blöße vorliegt.“ Die „Constitutionelle Correspondenz“ versichert zugleich: „Preussens Vereingewilligkeit besteht nach wie vor und Preußen wird noch heute trotz alles österreichischen Wartenlassens gern auf die Sache eingehen. Oesterreich mag nur sagen, was es will, ehrlich und offen, wie man hier die Sache aufgenommen hat. Dann wird sich zeigen, wer von Beiden es ist, der an Alles, und wer an Nichts denkt.“

Die Verfassungs-Angelegenheit ruht für den Augenblick. Die bisher geführten Vermittelungs-Verhandlungen sind scheinbar abgebrochen. Die Regierung ist noch immer nicht in der Lage, bestimmt zu erklären, welche Stellung sie zu der Vorlage den Kammern gegenüber einnehmen will; diese für Kammer und Regierung gleich unangenehme Stellung wird durch die augenblickliche Haltung der Regierung, nach der entscheidenden Seite hin, bedingt. Von dieser Seite her ist man noch immer nicht gewillt, Vermittelungsvorschlägen ein geneigtes Ohr zu schenken. Die Stimmung in Abgeordnetenkreisen ist eine sehr niedergeschlagene. Vermittelungsvorschlägen ist man sehr geneigt, die Vorlage aber einfach anzunehmen, dazu wird sich die Mehrheit der II. Kammer nicht entschließen. Das diplomatische Corps nimmt lebhaftes Interesse an der schwebenden Frage, von deren endlicher Entscheidung auch die auswärtige Politik Preussens abhängt. Bei einem Bruche Preussens mit dem constitutionellen Wesen ist es gezwungen, auch seine deutsche Politik fallen zu lassen, es muß zurückkehren zu dem Bündniß mit Rußland und Oesterreich. Wird die verhängnisvolle Klippe glücklich umschifft, so wird Preussens auswärtige Politik sich entschieden der Allianz mit Frankreich und England zuwenden. Von diesen Gesichtspunkten glauben denn auch die H. v. Persigny und v. Meyendorff, im Interesse ihrer Regierungen, so weit als irgend möglich, ihren Einfluß nach den verschiedenen Richtungen ausbieten zu müssen. Bemerkenswerth ist die Aengstlichkeit, mit welcher unsere Börsemänner dem Ausgang der Crisis entgegensehen. Die Geschäfte sind in den letzten Tagen sehr unbedeutend gewesen und doch hat man selbst von gewisser Seite her sein Augenmerk auf die Börse gehabt und durch Ankäufe einem bedeutenden Fall der Course vorzubeugen gesucht. (Lith. Nachr.)

Berlin, 23. Jan. Der Verwaltungsrath hat in seiner gestrigen Sitzung als Termin für die Einberufung der Erfurter Reichsversammlung vorläufig den 20. März d. J. angenommen, da nach amtlichen Berichten die Einrichtung der in Erfurt ausgewählten Localitäten nicht vor dem 15. März zu beschaffen ist. In den parlamentarischen Kreisen, schreibt d. Correspond.-Bür., glaubt man jetzt an ein Bleiben des Cabinets. Der Eid auf die Verfassung soll verschoben werden, bis ein feststehendes Wahlgesetz für die erste Kammer vereinbart ist — dies wäre die Er rungenschaft der vierzehntägigen Crisis.

Erfurt, 20. Jan. Die in Berlin eingetretene parlamentarische Crisis hat auf den Fortbau des Parlamentsgebäudes keinerlei Rückwirkung. Der Oberbaurath Bürde aus Berlin hat, um immer in der Nähe des Baues zu sein, in dem zur Augustinerkirche gehörigen Pfarrhause seine Wohnung aufgeschlagen. Außerdem hat er noch, gleich nach seiner Ankunft, in dem Martinsstifte seine Büro's eingerichtet. Man glaubt, daß er während der ganzen baulichen Arbeit hier bleiben wird. Ihm zur Seite steht noch ein hiesiger Baurath. Man versichert, daß vom Verwaltungsrathe aus Berlin hier Instructionen eingelaufen seien, welche auf die möglichst schnelle Herstellung des Parlamentsgebäudes dringen. (D. R.)

Bayern. München, 13. Januar. Die deutsche Frage. Wie man aus guten Quellen vernimmt, ist Aussicht vorhanden, daß die größeren Mittelstaaten, welche sich verneinend zur Verfassungsaufstellung vom 26. Mai 1849 verhalten, in ein näheres Schuß- und Trugbündniß zu einander treten werden. Mit der thatsächlichen Eröffnung des Parlaments wird wol das deutsche Volk um eine neue Erfahrung reicher werden, es wird dann seine unversöhnlichen Feinde und seine wahren Freunde noch entschiedener würdigen lernen. Das Jahr 1850 wird trotz allen scheinbaren Wirren eine vollkommene Klar-

heit über Feind und Freund in deutschen Sachen zur Gestaltung bringen. (D. R.)

Hessen und bei Rhein. Darmstadt, 21. Jan. Heute Vormittag hat Minister Jaupp der zweiten Kammer ihre Auflösung eröffnet. Auch die erste Kammer ist Mittags aufgelöst; Neuwahl für Beide, thumlichst bald. Grund der Auflösung: die Entscheidung über die Verpflegung der Abgeordneten und die Verzögerung der deutschen Frage.

Oesterreichische Länder.

Wien, 13. Jan. Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß bereits Zeitungsorgane aller „Nationalitäten“ in Oesterreich von Redactionsverböten betroffen worden sind. Außer der polnischen „Gazetta Narodowa“ (Volkszeitung), die „Bukowina“, die czechischen „Narodni Nowiny“ in jüngster Zeit, der serbische „Napredak“, die deutsche „Presse“ und ein halbes Duzend italienischer Blätter. Eine nähere Betrachtung dieses vielleicht zufälligen Umstandes könnte zu dem Gedanken führen, daß sich alle nationalen Richtungen dennoch in irgend einem Punkte begegnen dürften, der ihre Organe dem Versinken entgegenführt.

Wien, 18. Jan. Man hört, daß der bekannte, jetzt von der Regierung aufgehobene katholische Verein in Oberösterreich sich großentheils damit beschäftigt habe, Grundsätze der Unduldsamkeit gegen Andersglaubende, namentlich Israeliten, auf dem Lande zu verbreiten. — Nach Berichten aus Böhmen greift die Cholera dort immer mehr um sich. In dem kurzen Zeitraume vom 9. Decbr. 1849 bis 6. Jan. 1850 hat dieselbe 37 in verschiedenen Gegenden gelegene Dörfschaften heimgesucht. (Epz. 3.)

Die baare Münze wird in Oesterreich wegen ihrer Seltenheit hier und da als Kleinod und Schmucksache verwandt. So beginnt in Wien eine neue Mode, nach welcher Damen und junge Herren anfangen an kleinen Fingerringen Silberzwanziger und Golddukatens als Busen- und Cravatten-Adeln zu tragen.

Vom 1. Novbr. 1848 bis Ende Decbr. 1849 wurden in der Wiener Münzstätte ausgeprägt: In Gold: vierfache Dukaten 4,411 St., einfache 648,614; in Silber: Zweiguldenstücke (sog. Thaler) 118,754, Einguldenstücke 3,964; Zwanziger 13,653,062, Sechskreuzerstücke 90,472,393; in Kupfer: Zweikreuzerstücke 7,754,847; Einkreuzerstücke 27,830,658; halbe Kreuzerstücke 652,800 Vierteldkreuzerstücke 232,635 Stück; zusammen 141,372,138 Geldstücke. (Epz. Allg. Ztg.)

Aus Wien wird der Breslauer Zeitung folgende Nachricht, welche jedoch noch sehr der Bestätigung bedarf, gemeldet: „Nach einem verlässlichen Privatschreiben aus Syssowa vom 2. d. d. wird das Ableben des Insurgentenchefs Bem gemeldet. Es wird hinzugesetzt: er sei an Gift gestorben, und dies ist um so wahrscheinlicher, weil sich die Pforte gegen Rußland verbindlich gemacht hatte, denselben nicht in activem Dienste zu behalten und nach Asien zu verbannen. Der Divan, welchem der große Gehalt, der ihm ausgesetzt wurde, zu lästig gewesen sein dürfte, hatte sonach zu dem alt-türkischen Mittel, ihn auf die Seite zu schaffen, gegriffen, denn es wird ausdrücklich bemerkt, dieser neue Amurad Pascha sei nun durch Gift beseitigt. Die Bestätigung steht zu erwarten. Am 12. sollten alle übrigen Verbannten aus Schumla nach Asien geschafft werden.“

Hermannstadt, 7. Jan. Die letzten Sitzungen der sächsischen National-Universität (Provinziallandtag der Siebenbürger Sachsen) betrafen mehrere wichtige Gegenstände. Es wurde beschlossen, die Reichsverfassung vom 4. März nebst dem Patente vom 21. Decbr. 1848, welches die unmittelbare Unterstellung des Sachsenlandes unter dem Ministerium zu Wien ausspricht, sowie die kgl. Rescripte vom 22. December 1848 und 11. Juli 1849 zu veröffentlichen und an die einzelnen Kreise hinaus zu geben. Unter anderen Gegenständen ward auch das künftige Territorium des Sachsenlandes verhandelt; dabei gaben sich zwei Richtungen kund, die Einen wollten sich auf nationalen Boden stellen und alle rein rumänischen Orte ausgeschieden wissen, die Andern wollten vom historisch gegebenen Territorium nicht abgehen. Die letztere Ansicht drang durch. Von den Ortsschaften, welche dem Sachsenlande vorläufig zum Behufe einer geregelten Verwaltung zugewiesen sind, wurden mehrere rein rumänische Orte ausgeschieden. Kein einziger, auf welchen die Nation nicht begründete Ansprüche hat, soll beibehalten werden. Die Ernennung des Herrn Stephan v. Szereposh zum Senatpräsidenten für die ungarische Section des obersten Gerichtshofes verurthete erste Debatten. Man hoffte in der einheitlichen Monarchie ein einheitliches Recht, man hatte die baldige allgemeine Einführung des österreichischen Rechtes erwartet und sah mit Befremden das Justizwesen nach nationalen Sectionen geordnet; es schien darin eine Abweichung von dem bisher verfolgten Wege des Ministeriums zu liegen. Es soll deshalb dem Justizministe-

rium Seitens der Universität durch das Mittel der örtlichen Regierungsorgane eine Vorstellung gemacht und falls die Einheitlung des obersten Gerichtshofes in nationale Sectionen festgesetzt würde, von der Regierung verlangt werden, die von der Nationsuniversität an den obersten Gerichtshof gelangenden Prozesse der deutschen Section zuzuwenden. (Epz. 3.)

Semlin, 12. Jan. Heute ist das serbische Centralcomitee durch alle Sectionen sammt allen Bezirks-Obors (?) aufgelöst worden, die Mitglieder derselben wurden mit einem dreimonatlichen Gehalte entlassen. Der „Požornik“ (das amtliche Organ des Centralcomitee's) hat aufgehört zu erscheinen. (L. 3.)

Frankreich.

Paris, 18. Jan. Nie hat die kirchliche Partei in Frankreich ihr Haupt kühner als in der Rede des Grafen Montalembert erhoben, deren rücksichtslose Freimüthigkeit das Schicksal des Gesetzes selbst, zu dessen Gunsten sie gehalten wurde, in Gefahr zu bringen schien. Den Charakter derselben erkennt man in den Worten: „das moderne Bürgerthum muß zwischen dem Socialismus, der sie ruiniren und decimiren*) wird, und dem Katholicismus, der die Gesellschaft regierbar machen soll, ihre Wahl treffen.“ Die strenge Sonderung zwischen der revolutionären und der conservativen Partei, die sich langsam, aber mit logischer Nothwendigkeit vollbringt und bald nicht das geringste Plätzchen mehr für das Juste-Milieu**) in Frankreich lassen wird, kann durch solche Aussprüche nur befördert werden. — Auffallend ist auch bei dieser Verhandlung die Zurückhaltung, mit welcher das Ministerium ihr bewohnt. Man erkennt hierin die Folge eines geheimen Planes.

Der Repräsentantenverein, der jetzt im Palais National seine Sitzungen hält und davon seinen Namen führen wird, ist im Wesentlichen derselbe, der zuerst im Palast der schönen Künste zusammenkam und die Unterstützung der persönlichen Politik des Präsidenten zum Zweck hatte. Es scheinen sich jedoch noch andere Elemente der Majorität demselben hinzugesellt zu haben, da er bereits an 200 Mitglieder zählt. — Die gänzliche Auflösung der alten Majorität vom Staatsrathspalaste scheint um so gewisser bevorzustehen, da auch die sogenannte junge Rechte (entschiedenen Legitimisten) sich geweigert hat, sich unter der Fahne von Thiers, de Broglie und Piscatori wieder in der Strafe Poitiers zu sammeln. — Die Gerüchte von der Ersetzung Changarnier's durch Magnan, um durch diesen General ein Unternehmen gegen die Nationalversammlung ausführen zu lassen, haben sich als völlig unbegründet erwiesen und werden im Moniteur amtlich widerlegt, welcher das umlaufende Gerücht für eine böswillige Erdichtung erklärt und versichert, daß noch die nämliche Eintracht, wie früher, zwischen dem Präsidenten und dem General bestehe.

Das wegen seiner Kundgebungen zu Gunsten der römischen Republik aus Rom entfernte 20. Linien-Infanterieregiment ist zu Constantine in Algerien angekommen. — In der Provinz Constantine ist Alles wieder ruhig. Man ist jedoch nicht ohne Besorgniß wegen einer unter den Befehlen des Obersten Canrobert abgesandten Colonne, die durch den auch in Algerien gefallenen außerordentlich starken Schnee leicht in Gefahr kommen und dabei durch die Eingeborenen beunruhigt werden kann. — Herr v. Montalivet, Ehren-Großmeister der Templer, deren Orden sich seit der Hinrichtung von Jacques Molay in Frankreich erhalten hat, ist, wie es heißt, nach Neapel abgereist, um dem Papste die Anerkennung des Ordens vorzuschlagen. Unter dieser Bedingung würde sich der Orden verpflichten, dem Papste eine beständige Schutzwache zu liefern. (Epz. 3.)

*) Im Verhältniß zum zehnten Mann ausrotten.

**) Die rechte Mitte, welche durch die gemäßigten Verständigen in den Kammern gebildet wird.

Großbritannien.

London, 14. Jan. Ansicht der „Times“ über den preussisch-deutschen Sonderbund. Die Times sagen: „Worin soll denn die Thätigkeit jenes Parlamentes für die Zukunft bestehen? Die wesentlichen Amtsgeschäfte jeder Vertretung sind Steuerbewilligung, Theilnahme an der Gesetzgebung und Beaufsichtigung der ausführenden Gewalt. Man wende diesen Satz auf das Erfurter Parlament an, das in der Mitte zwischen der Frankfurter Bundescommission und der unabhängigen Gesetzgebung der Einzelstaaten steht. Kann es Steuern auflegen? Dann würde es in das unzwieselfhafte Recht der Regierung jedes deutschen Staates einen Eingriff thun, sich selbst zu besteuern. Kann es die Handelspolitik des engeren Bundes regeln? Dann würde es gegen den Zollverein verstoßen, zu dem Bayern und Württemberg auch gehören. Kann es militärische Sicherheitsmaßregeln für Deutschland und die Unterdrückung geschlossener Be-

wegungen treffen? Das ist die Sache der Bundescommission in Frankfurt, welche ganz in die Stelle des alten Bundestages eingerückt ist. Kann es diplomatische Beziehungen zum Auslande anknüpfen? Nach Vertrag und Verkommen werden sie mit Frankfurt, aber nicht mit Erfurt wiederhergestellt, denn alle Großmächte haben Antheil an der Acte, welche den deutschen Bund begründet, und keine Großmacht denkt daran, die seltsame Machtgewalt dieser Erfurter Versammlung anzuerkennen. Kann es endlich die Politik einer rein vollziehenden Gewalt beaufsichtigen? Was für eine Vollziehende denn? Soll in Erfurt eine bestimmte Centralgewalt geschaffen werden, wie die des Erzherzog Johann und seiner Minister in Frankfurt, oder sollen ihre Amtsgeschäfte von den preussischen Ministern, die also mit doppelten Vollmachten zu versehen wären, vollzogen werden? Im ersten Falle gäbe es ein imperium in imperio (Staat im Staate), ein Erfurter Cabinet, das sich auf das Berliner wirft, und entweder nichts — oder alles ist; im anderen Falle, wenn dieselben preuss. Minister gleichzeitig zwei verschiedenen Parlamenten verantwortlich sind, könnte es sich ereignen, daß sie die Mehrheit in dem einen für, in dem anderen gegen sich haben, daß sie von den Unterthanen ihres Königs ein Vertrauens- und von denen seiner Verbündeten eine Mißtrauensabstimmung erhielten. Ein solcher Zustand muß in kurzer Zeit mit vollständiger Verwirrung oder offenem Zwist enden; Preußen muß seinen Bundesgenossen oder diese müssen Preußen unterthan werden.“ (Die Erfurter wird ja wieder eine Verfassungsgebende; ein Weiteres nächstens. Red.) (M. Dierz.)

Italien.

Die politische Lage Italiens. Es ist eine traurige Wahrheit, die ich melden muß, daß der öffentliche Geist auf der ganzen Halbinsel von Tage zu Tage verderbter wird. Dieses Unglück ist aber nur der Thorheit der wieder eingesetzten Regierungen zuzuschreiben, die nicht begreifen wollen, daß sie mit dem Fortschritte gehen müssen und daß sie sich früher oder später zu Grunde richten, wenn sie die einmal unmöglich gewordene Vergangenheit durchaus herstellen wollen. Einer der besten politischen Schriftsteller Italiens sagte jüngst ein treffendes Wort, das die Lage der Halbinsel auf's Beste bezeichnet: „Bei uns ist der revolutionäre Zustand unmöglich und die Monarchie untraglich.“ — Die constitutionelle Partei, oder, wenn Sie wollen, die conservativ-liberale, ist in Italien in großer Majorität, aber sie kennt keine Verbindung, sie ist selbstsüchtig ohne Thatkraft und Hingebung. Im Uebrigen ist ihre Stellung eine sehr schwierige, denn sie muß nicht nur gegen die Partei der Volksumtriebe ankämpfen, sondern auch gegen die priesterliche und rückwärtsschreitende, welche letztere nur zu sehr geneigt ist, die Thorheiten der absichtlichen Anführer des Volkes unter der Hand zu begünstigen, von der Ueberzeugung ausgehend, daß diese Thorheiten zu gehöriger Zeit auch die constitutionellen Freiheiten (?) und die alte Regierung wieder zu Ehren bringen müssen. — Es ist eine traurige Gewißheit, daß, sobald die Oesterreicher Toscana und die römischen Staaten räumen, diese Länder wieder unter die Herrschaft einer demokratischen Minderheit zurückfallen würden, und daß diese alsdann bis zur Schreckensherrschaft von 1793 fortgehen würde. „Was uns zu Grunde gerichtet hat, das war, daß wir zu gut gewesen sind,“ sagte Mazzini auf dem Dampfboote, auf welchem er aus Rom entflohen ist. — In Betreff Toscana's hätte man glauben sollen, daß der Enthusiasmus und die Freiwilligkeit, die hier die monarchische Restauration vom 12. April hervorgerufen, verbunden mit der bekannten Herzengüte des Großherzogs, die Ruhe und Zufriedenheit zurückbringen würden, die das Großherzogthum früher zu einem Ausnahmestaat in Italien gemacht hatten. Allein es verhält sich doch nicht so. Der Großherzog verliert von Tage zu Tage an seiner früheren Popularität, und dies theilweise durch Erhöhung der Steuern, und theils durch den verlängerten Aufenthalt der Oesterreicher, was die nationale Eigenliebe der Italiener empfindlich verletzt. Rechnen Sie dazu, daß das Gubernement ohne Thatkraft ist und keinen Muth hat, an eine gründliche Verbesserung der politischen Zustände des Landes zu gehen. Es werden Gesetze und Erlasse erlassen, aber acht Tage hinterher kann man sie füglich als vergessen ansehen. — In der Romagna (nördl. Theil des Kirchenstaates) dient die laut und offen ausgesprochene Absicht der Priesterpartei, die schönen Tage der Gregorianischen Herrschaft zurückzuführen, nur dazu, den Geschäftsboten Mazzini's den besten Vorwand zu leisten. — An dem Tage, an welchem die Oesterreicher die Romagna räumen, würde daselbst auch der Bürgerkrieg mit allen seinen Schrecken ausbrechen. — In Piemont hat die constitutionelle Partei, gestützt auf die Festigkeit des Sohnes Karl Albert's und den Geist des ersten Ministers, des Marquis Azeglio, die Oberhand über die demokratische Partei gewonnen. Hoffen wir, daß

sie sich zu halten wissen und namentlich der Rückwärtspartei widerstehen wird. Man darf behaupten, daß von der Haltung Piemonts auch die von Italien abhängt. — Die lombardisch-venetianischen Provinzen sind theils durch stille Ergebung in ihr Schicksal, theils durch Gewalt zur Ruhe gebracht. Im Uebrigen scheint sich Oesterreich auch durch die Erfahrung belehrt und das Sprichwort begriffen zu haben, daß man mit Honig mehr Fliegen fängt, als mit Essig. — Was den König von Neapel anbelangt, so zeigt er eine überraschende Festigkeit. Unbekümmert um die Stimmen des civilisirten Europa, stellt er die unbedingte Herrschaft vollkommen wieder her. Er weiß, daß er auf die Armee rechnen kann, und daß er es mit einem Volke zu thun hat, das sich wenig um constitutionelle Freiheiten kümmert. — Der Bourbon von Parma möchte gern dem von Neapel nachahmen. Aber er hat weder eine solche Armee, noch ein solches Volk. Er versucht es, die Unzufriedenen mit dem Stocck zur Vernunft zu bringen; aber er spielt dabei das Spiel, fortgejagt zu werden. Seine Frau (Schwester des franz. Thronbeanspruchers Henri V.) bemüht sich vergebens, ihn aufzuklären; sie setzt nichts durch, wird aber ihrer guten Absichten wegen allgemein geliebt. — Wundern Sie sich nicht, wenn ich Ihnen zum Schlusse sage, daß der klügste der italienischen Monarchen gegenwärtig der Herzog von Modena ist. Die Erfahrung scheint ihn klug gemacht zu haben, und er befindet sich nun ganz und gar im constitutionellen System. Keine uneintreibbaren Abgaben, keinen rückwärts gewandten Umsturz des Bestehenden, zweckmäßige Verbesserungen im Verwaltungsfache, dies ist im Allgemeinen sein Plan. Man will zwar in dieser Wendung ehrgeizige Hintergedanken sehen, nämlich den Gedanken, ein oberitalisches Königreich zu gründen. Doch was thut das, wenn das Glück des Volkes nur begründet wird? (Bresl. Z.)

Als Beitrag zu obiger Schilderung italienischer Zustände mag noch folgende Notiz der „Allg. Ztg.“ dienen. Sie meldet nämlich aus Sicilien: „daß die Polizei in den größeren sicilischen Städten sogar das Tragen der Bärte verboten hat und daß namentlich in Messina eine Anzahl widerspänniger junger Leute von den Schirren (Policisten) ergriffen, nach der Polizeiwache gebracht und von dort mit gebohrten Bärten wieder entlassen wurde. Dergleichen war freilich selbst unter der despotischen Regierung in Chiva und Bucharra noch nie erhört. Die nächsten Jahre dürften vielleicht den Verweis liefern, ob (andere Blätter schreiben: „daß“) dies die rechte Methode ist, künftigen Revolutionen vorzubeugen.“

Rom, 5. Jan. Das „Giornale di Roma“ veröffentlicht die Encyclica (Rundschreiben), die Pius IX. am 9. Dec. an die Erzbischöfe und Bischöfe Italiens erlassen hat, um sie zu kräftigem Wirken gegen das Fortschreiten des Socialismus und Communismus und einer damit zusammenhängenden öffentlichen und heimlichen Verbreitung des Protestantismus aufzumuntern. Besonders stark ist der Vorwurf, der gleich am Eingange dem Treiben der Revolutionspartei gemacht wird; es heißt dort wörtlich: „es seien zuweilen arme Kranke, die mit dem Tode kämpften, gezwungen worden, ihr Leben unter den Lockungen einer frechen Dirne auszuhauchen.“ Leider scheint dieser Vorwurf begründet. Als sich während der Kämpfe mit den Franzosen die Spitäler mit Verwundeten füllten, bildete sich unter Leitung des Pater Savazzi ein Comité römischer Damen zur Pflege derselben, bei dem allerdings ein politischer Nebenzweck mitgewaltet haben mag, nämlich, die dem Papste ergebene Geisteslichkeit von allem Einfluß auf die verwundeten Freiheitskämpfer abzuhalten. Thatsache ist, daß von geistlicher Stärkung der Sterbenden dort nicht viel die Rede war. Aber auch Klagen über Unsittlichkeiten sind nicht erst später aufgetaucht, sondern wurden von Aerzten bereits vor dem Einrücken der Franzosen erhoben. (Lpz. Z.)

Bücherchau.

Geschichte des Preuss. Staates und Volkes v. A. v. d. Menzel, vom Tode Friedrich II. bis zum Ausbruche des Krieges von 1806. Berlin b. Duncker und Humblot, 1848. Als Fortsetzung von Heinel's und Kugler's „Geschichte des Preuss. Staates und Volkes“ (5. Band); aber auch unter dem besonderen Titel: **Zwanzig Jahre Preussischer Geschichte v. A. v. d. Menzel.**

Wir können nicht umhin dem gebildeten Leserkreise vorliegendes Geschichtswerk aufs Beste zu empfehlen, da wir die volle Ueber-

zeugung hegen, es werde es Keiner ohne das größte Interesse lesen. Wem in aufrichtiger Vaterlandsliebe daran gelegen ist sein Urtheil über Verhältnisse und Persönlichkeiten endlich festzustellen, über welche ihn das leidenschaftliche Für und Wider gewöhnlicher Geschichtsschreiber zu keiner ruhigen Ansicht gelangen ließ, der wird aus der Darstellung eines durch seine Unparteilichkeit berühmten Schriftstellers eine gerechte Würdigung der Zustände gewinnen, deren trübes Bild ihn zeitlich eher verwirrte als aufklärte. Dr. Consistorial- und Schulrath Menzel in Breslau hat bereits in seinen größeren Werken über deutsche Geschichte, die einen Zeitraum von 18 Jahrhunderten umfassen und den Verf. seit länger als dreißig Jahren beschäftigen, auch der preussischen Geschichte so wichtige Aufklärungen und Zuwächse verschafft, daß wir, von seiner Hand und von seinem ruhigen Urtheile geleitet, auch die Regierungsjahre Friedrich Wilhelm II. und die ersten neun Jahre Friedrich Wilhelm III., in der Weise dargestellt, wie es des wahren Geschichtsschreibers einzig würdig ist, die ungerechten und berichtigten Schilderungen, die ein Manso und Fr. Schloffer, sowie viele andere preussengeindliche Parteischriften aufgenommen haben, gerechter zu würdigen uns in den Stand gesetzt finden. Nicht durch Verdecken und Bemänteln mancher Mißgriffe, welche die dazumal so schwankenden Zeitverhältnisse unvermeidlich herbeiführten, sondern durch klare und anschauliche Darlegung der obwaltenden Verhältnisse, hat uns der edle und wahrheitsliebende Darsteller Lob oder Tadel an die Hand gegeben. Vermöge selbständiger Benutzung der besten diplomatischen und archivalischen Quellen erhalten wir ein ganz frisches und neues Werk, unabhängig von Vorgängen, oder von Nachbetern der so häufig durch Verurtheile irreführenden öffentlichen Meinung. Wie bestimmt wird uns der so Vielen zeitlich unklare Charakter Friedrich Wilhelm II. vor Augen gestellt, in wie ganz anderem Lichte erscheinen uns die Verhandlungen eines von Haugwitz und Luchefini, deren Mißgeschick von Schloffer mit giftigem Meide ihrem Ungeschick und bösem Willen, ja wol gar ihrer Veschlichkeit zugeschrieben wird! Wie ist der verspätete Ausbruch des Krieges von 1806 hier nicht, wie in Manso's berichtigter Geschichte, als ein Werk göttlicher Nemesis für Preussens Mißthaten, gegen Polen verübt, aufgefaßt, sondern in ganz anderem und milderem Lichte als das allgemeine Menschenleed der Kürzsichtigkeit in dem, was eine dunkle Zukunft auch dem geübtesten Auge verhüllt, dargestellt. Daß Preußen einen Vaster Frieden schloß, daß Preußen Hannover in Besitz nahm, war nicht Preussens Schuld allein, sondern noch mehr seiner eigenen Freunde und Allirten, die gar oft im Leben uns mehr schaden als selbst offene Feinde.

Aber weder bloße Schilderungen von Feldzügen und Schlachten, noch Salongeklatsch oder schmähfüchtiges Volksgerede, oder was sonst man zuweilen für anschauliche Geschichtsdarstellung gibt, finden wir in dieser Zeitgeschichte der unlängst vergangenen Zeit, vielmehr die höchsten geistigen und geistlichen, d. h. politischen und kirchlichen Bewegungen werden uns in diesem Werke als eigentliche Denkwürdigkeiten vorgeführt. In klarem und faßlichem Stile, mit angemessener und vielberühmter Gewandtheit, einfach und lichtvoll, klug und besonnen wird uns hier mitgetheilt, was jedem gebildeten Freunde des Vaterlandes zu wissen und zu erkennen Noth thut. Die Eigenschaften, welche die letzten Bände des großen deutschen Geschichtswerkes mit erhöhter Virtuosität darbieten, finden wir in dieser Schilderung jener Jahrzehnte unseres Vaterlandes, welche der Felszeit, nach vorübergehendem Sturze Preussens von seiner Höhe, eine um so glorieusere Erhebung vorbereiteten. Der reiche Stoff, welchen der Verf. aus der Quelle schöpfte, ist hier trefflich verarbeitet. Die sittlichen und die Rechtszustände, die Personen, welche regierten, die Verirrungen und Leiden, welchen sie anheimfielen, aber auch ihre edleren Absichten, ihr reines und menschliches Wohlwollen, ihre Fehlschritte sowol, als das, was ihnen Gutes und Schönes gelang, findet von Seiten des tief eindringenden Geschichtsschreibers, welcher Licht und Schatten in künstlerischer Vollendung richtig vertheilt, angemessene und rechtzeitige Mittheilung. Kürze und Präcision sind wir an ihm schon aus seinem großen Geschichtswerke gewohnt. Wie wenig darunter die gemeinfachliche Darstellung leidet, davon mag sich jeder verständige Leser baldigst überzeugen. Wir können dabei nicht verschweigen, daß man in Menzel's Geschichtswerken oft weit mehr zwischen den Zeilen zu lesen bekommt, als bei der Mehrzahl mittelmäßiger Schriftsteller, eine breite und geschwägige Darstellung in den Zeilen selbst zu lesen giebt.

Wenn die Lausiger Zeitung ein preussisches Geschichtswerk empfiehlt, so wird wol Keiner der geachteten Leser derselben meinen, es sei ein solches unserer vaterländischen Geschichtsschreibung fremd. Wir leben und wir sterben doch auch hier mit allen Söhnen unseres Vaterlandes für unser Preußen.

Str.

Landwirthschaftliches.

Mittel gegen das Krippenbeißen, Koppen oder Aufsetzen der Pferde. Wer kennt nicht die widrige Angewohnheit des Aufsetzens, dessen grunzender Ton den Besitzer damit behafteter Pferde zur Verzweiflung treiben und ihm jede Lust zum Besuche seines Stalles benehmen kann? Die Ansteckungsfähigkeit dieses Uebels verursacht dem Besitzer eines solchen Pferdes stets die Befürchtung, daß nebenstehende, besonders jüngere Pferde sich die Unart absehen und dann fährlich darauf studiren, um den rülpfenden Laut ihres Lehrers nachahmend herauszustößen. Für den Verkauf, wie für den längeren Gebrauch ist diese üble Spielerei ein erheblicher Makel. — Nachdem ich alle bekannten Mittel erschöpft hatte, welche gegen das Krippensetzen anempfohlen sind, äußerliche wie innere, brachte mich die Erzählung eines älteren Offiziers (der in der spanischen Cavallerie gedient), daß nämlich in Spanien diese Untugend bei den Dienstpferden gar nicht vorkomme, auf den Gedanken: es möge irgend ein besonderer Umstand die nächste Veranlassung zur Angewohnung des lästigen Uebels geben. Da nun die spanischen Pferde durchweg aus Knichosen, sogenannten Kuchtruppen gefüttert werden, so machte ich bei einem mir gehörenden Krippenseßer den Versuch, die Krippe ungefähr 1½ Fuß tief herunter setzen zu lassen. Mein Krippenseßer, einer der hartnäckigsten seines Geschlechts, der selbst in einem Maulkerbe aufzusetzen versuchte, konnte doch in dieser ganz neuen Lage, ungeachtet aller Mühe, welche er sich nahm, trotz allen Hals- und Kopfverdrehtungen nunmehr das Aufsetzen nicht fertig bekommen. Es schien damit ganz vorbei zu sein, denn nach 14 Tagen gab das Pferd jeden weiteren Versuch auf und legte nur an der Krippe. Es war nun aber doch wichtig, zu erfahren, ob sich nach zwei Monaten das Uebel gegeben habe, und absichtlich wurde dieses Pferd zu einer nothwendigen Reise mitgenommen; es kam in einen fremden Stall mit hoher Krippe und Tage lang dachte der Gaul nicht an seine frühere Unart. Als aber ein anderes Pferd in denselben Stall kam, ein alter Kopper, war Hopfen und Malz verloren — es wurde mit großer Wuth und mit erneuerten Kräften aufgesetzt, bis mein Pferd wieder zu seiner niedrigen Krippe kam, wo dasselbe nach einigen Versuchen es als vergeblich aufgab und das Aufsetzen einstellte. — Der Vortheil dieser Veränderung des Krippenstandes ist, daß das Pferd gegenwärtig in einem früher nie erreichten schönen Zustande ist, überdem festes und hartes Fleisch die Fülle bekommen hat, und ein munteres, gesundes Aussehen besitzt. (Tyroler landwirthschaftl. Blätter.)

Lausitzer Nachrichten.

Wahl = Resultate.

Görlitz, 25. Jan. Bei der am 24. d. M. stattgefundenen Wahl der Wahlmänner zum Erfurter Reichstage sind in den Stadt- und Landbezirken Görlitzer Kreises erwählt worden:

In dem Wahlbezirk Görlitz:

1. Wahlbezirk (1. u. 2. Stadtbez.): Stadtverordn.-Versteher Rfm. Hecker, Stadtrath Mitscher, Professor Anton, Kreisger.-Director König, Stenerrath Gnißard.

2. Wahlbezirk (3. u. 4. Stadtbez.): Stadtrath Heinze, Fleischermstr. Dienel, Justizrath Sattig, Seifensieder Heyne, Stadtrath Strube.

3. Wahlbezirk (5. u. 6. Stadtbez.): Rechtsanwalt Utteck, Rfm. Dettel, Diacenus Hergesell, Superint. Bürger, Commerc.-Rath Bauer, Bürgermeister Fischer.

4. Wahlbezirk (7. u. 8. Stadtbez.): Stadtrath Pape, Dr. Glocke, Zimmermstr. Vogner, Cantor Tensler, Stadtrath Köhler, Kaufmann Ferd. Schmidt.

5. Wahlbezirk (9. u. 10. Stadtbez.): Tuchfabr. C. Mücke, Tuchfabr. C. Knothe, Tuchfabr. Aug. Geißler, Maurermeister Kießler, Stadtgärtner Georg Lange.

6. Wahlbezirk (11. u. 12. Stadtbez.): Tuchfabrikant Ernst Geißler, Maurermeister Lissel, Stadtrath Geißler, Stadtgärtner Wendischuh, Tuchfabr. C. Krause.

7. Wahlbezirk (13. u. 14. Stadtbez.): Stadtrath Prüfer, Schmiedemstr. Helbrecht, Rfm. Ed. Bauer sen., Verwerksbes. Lorenz.

Wahlbezirk Hennersdorf: Bauergutsbesitzer Posselt zu Hennersdorf; Gerichtsschulze Kändler ebendas.; Bauergutsbes. Wetzels in Hennersdorf.

Wahlbezirk Hennersdorf: Ortsrichter Schwarze zu Lichtenberg; Bauergutsbesitzer Nethe in Hennersdorf; Cantor Förster in Lichtenberg.

Wahlbezirk Mengelsdorf: Landrath v. Gaugwitz auf Mengelsdorf; Herr v. Dergan auf Krobnitz; Rittmeister v. Annesley auf Deutsch-Paulsdorf.

Wahlbezirk Reichenbach: Kreisrichter Pfennigwerth zu Reichenbach; Kreis-Deputirter v. Seydewitz auf Reichenbach, Major Crusius zu Reichenbach.

Wahlbezirk Radmeritz: Rittergutsbesitzer v. Knobelsdorf zu Wendisch-Oßig; Gärtner Schneider desgl.; Schmiedemeister Thiele in Radmeritz.

Wahlbezirk Rosma: Rittergutsbesitzer August in Nieder-Moys; Bauergutsbesitzer Pilz in Ober-Moys; Ortsrichter Müller in Ruhna.

Wahlbezirk Troitschendorf: Ortsrichter Neumann in Sehr-Neundorf; Ortsrichter Grundmann in Troitschendorf; Ortsrichter und Lehngutsbesitzer Schuster in Stangenham.

Wahlbezirk Ober-Ludwigsdorf: Ortsrichter Schulze in Nieder-Ludwigsdorf; Müllermeister Schiller in Nieder-Ludwigsdorf; Gastwirth Miete in Ober-Ludwigsdorf.

Wahlbezirk Zodel: Gutsbesitzer Meuder auf Zodel; Scholtiseibesitzer Heymann in Zodel; Pastor Ender in Nieder-Viela.

Wahlbezirk Rachenau: Gutsbesitzer Hanspach auf Rachenau; Pastor Küchenmeister in Gruna; Pastor Knothe in Kießlingwalde.

Wahlbezirk Friedersdorf: Tischler Grundmann in Gersdorf; Gartenbesitzer Hiale desgl.; Bauergutsbesitzer Buder in Friedersdorf.

Diese Wahlverhandlungen geben der Red. Veranlassung, den Wunsch und die Bitte auszusprechen, daß nicht nur dieser Gegenstand, sondern auch andere Görlitzer Ereignisse in unserer „Lausitzer Zeitung“ besprochen werden möchten. Wir ersuchen daher angelegentlichst, der gleichen möglichst zuverlässige Mittheilungen gefälligst an die Exped. unserer Zeitung (Oberlangengasse No. 185.) einzufenden zu wollen, die wir jederzeit sehr gern, im Fall es gewünscht wird, honoriren werden. Wir dürfen es uns vielleicht erlauben, diesen ergebensten Wunsch um so offener auszusprechen, als nicht bloß uns, sondern zunächst auch dem Publikum der wesentlichste Dienst daraus hervorgehen dürfte, wenn die Umstände gleichgesinnten intelligenten Kräften sich uns anzuschließen vergönnten möchten. Wenn einerseits wir das Geständniß nicht zu scheuen haben, daß wir durch möglichsten Aufwand an Geld- und Arbeitskräften, das uns gesteckte Ziel zu erreichen bemüht sind, so darf wol andererseits nicht unerwähnt bleiben, daß durch die nicht unbedeutende Verbreitung unserer Zeitung sich die Theilnahme des Publikums in der Nähe und Ferne in kürzester Frist so lebhaft zu erkennen gegeben hat, daß es gewissermaßen zu unserer Pflicht wird, das geehrte Publikum in Görlitz, wie außerhalb in näherer und weiterer Ferne, zur geneigten Theilnahme durch gefällige Einsendung von Correspondenzen und anderen Artikeln ergebenst einzuladen.

Cunnersdorf, 24. Jan. Nachdem die Lausitzer Zeitung sich entschieden für die Wahl zum deutschen Volksause erklärt hat, darf wohl ein kurzer Bericht über das Ergebnis der Wahlen an einzelnen Orten für geeignete Aufnahme Anspruch machen. Das von hier ausgegangene Wahlprogramm hat sich, wie ich mit Vergnügen ersahen habe, des Beifalls der Breslauer Zeitung (No. 22) zu erfreuen gehabt. Eben dies ermuntert mich jetzt, der heute hier vollzogenen Wahlen mit einigen Worten zu gedenken. Dem eingetretenen Thauwetter und den dadurch fast ungangbar gewordenen Wegen dürfte es allein zuzuschreiben sein, daß aus den hierher gewiesenen Ortschaften Terga, Ober- und Nieder-Mengersdorf und Klein-Krauscha verhältnißmäßig nur eine Minderheit von Urwählern erschienen war, während sich aus Cunnersdorf selbst die Mehrzahl eingefunden hatte. Von den 246 berechtigten Wählern der dritten Klasse waren 87 anwesend, die mit 84 Stimmen den Pastor Kirche in Cunnersdorf zum Wahlmann erwählten. In der zweiten Klasse waren statt 52 nur 21 erschienen, die zuerst dem Ortsrichter Pehold in Cunnersdorf 15 Stimmen gaben, und, da dieser die auf ihn gefallene Wahl aus bewegenden Ursachen ablehnte, zu einer zweiten und dritten Abstimmung schritten, wodurch der Gastwirth Schlenker in Terga 15 Stimmen erhielt und somit als Wahlmann für die zweite Klasse erklärt wurde. Von den 23 berechtigten Urwählern der ersten Klasse hatten sich 16 eingefunden. Es fielen 15 Stimmen auf den Bauergutsbesitzer Henke in Nieder-Mengersdorf, der die Wahl annahm, womit die Wahlhandlung beendet war.

Möchte es nun gelingen, Männer zu finden, in deren Hände der so wichtige Auftrag für Erfurt mit ungetheiltem Vertrauen gelegt werden könnte! Die Frist bis zum 31. Januar ist so kurz, daß an Vorwahlen wohl kaum wird gedacht werden können. Zu wünschen bleibt übrigens, daß kein Parteigeist die in Muskau beverstehende Wahl der Abgeordneten trübe. Den Ausfall werde ich sofort in der Laufiger Zeitung mittheilen.

Eben vernehme ich, daß in Ebersbach, wohin die Gemein-den Girsbigsdorf und Liebstein mit gewiesen waren, folgende Wahl-männer die Stimmenmehrheit erhalten haben: in der dritten Klasse Obristlieutenant v. L'Estocq in Ebersbach, in der zweiten Bauer-gutsbesitzer Jacob Mühle daselbst, und in der ersten Gutsbesitzer Böschke in Girsbigsdorf.

In Königshain, das für sich allein einen Wahlbezirk bil-dete, wurden durch Stimmenmehrheit gewählt: in der dritten Klasse Hofrath v. Heynitz, in der zweiten Ortsrichter Neu und in der ersten Pastor Göbel.

Als Wahlmänner für die Ablösung der noch auf den Ruskal-grundstücken haftenden Servituten, Dienste, Zehnten u. s. w. wurden gewählt: für Gunnersdorf Gärtner Grundmann, für Terga Orts-richter Jochmann, für Liebstein Häusler Paul und für Sieben-hufen Ortsrichter Straube.

Görlitz. Unter der Rubrik „G. Kirchen-Sachen“ schreibt der Erzprieester Thomas, d. d. Vertheilsdorf (bei Lauban), den 13. Jan. a. c., an die Ortsgerichten zu Niederhalsendorf: Die löbl. Ortsge-

richten ersucht der Unterzeichnete im hohen Auftrage um die Ge-sälligkeit, die Katholiken daselbst, wie sie die letzte statistische Liste aufführt, für Dienstag, den 22. h., Morgens 10 Uhr auf das Rath-haus zu Schönberg zu bestellen, um dort ihre Wünsche und Anträge wegen Begründung eines katholischen Pfarrgottesdienstes daselbst ab-zugeben. Dem Vernehmen nach ist dasselbe auch an den Magistrat zu Schönberg ergangen, wenigstens sind die katholischen Einwohner bereits zu der Versammlung durch den Rathsboten bestellt.

Einer in Nr. 4 des hiesigen Kreisblattes enthaltenen Bekannt-machung zu Folge, beginnt das diesjährige Militär-Ersag-Geschäft Montag, den 4. März, in Rauscha, wird für die ländlichen Orts-schaften Mittwoch, den 6. März, in Görlitz fortgesetzt, und findet für die Stadt Görlitz selbst Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, den 12. bis 14. März statt. Die Nachgestellung erfolgt den 15. und die Auslösung den 16. März im Gasthose zum Strauß.

Der Führer des hier garnisonirenden Stammes des 2. Bataill. 6. Landwehr-Reg., Prem.-Lieut. v. Skäl, vom 6. Linieninfanterie-Regiment, ist zum Hauptmann in demselben avanciert. — Am 15. Jan. stürzte der Knecht Karl Friedrich Menzel, im Dienste des Bauers Rubel zu Girsbigsdorf, vom oberen Schuppen-Gebälke herunter und gab, in Folge Genickbruches, sofort seinen Geist auf. — Am 17. Jan. Abends brannte die Gartennahrung des Traugott Koch in Dier-Rauscha ab.

Das Appellations-Gericht zu Glogau hat verfügt, daß in die Strafanstalt zu Görlitz alle Verbrecher eingestellt werden sollen, deren Strafzeit über 6 Monate beträgt.

Bekanntmachungen.

Auspielung eines Kunstwerkes, 2000 Thaler Werth, ohne Bieten.

1) Das vom Professor Schoppe gemalte, 9 Fuß breite und 7 Fuß hohe Original-Deigemälde, darstellend

**die letzten Augenblicke
Friedrich Wilhelm III., Königs von Preußen,**
in breitem vergoldeten Barroque-Rahmen, im Gesamt-Werthe von 2000 Thlr.

2) 7800 Exemplare des hiernach von Girardinier in Paris gefertigten, 34 Zoll breiten u. 25 Zoll hohen Kupferstichs (Aquatinta) zum Subscriptions-Preis à 16 Thlr.

3) 70 Exemplare desselben Kupferstichs lettre grise à 24 Thlr.

4) 65 Exempl. desselb. Kupferstichs avant la lettre à 32 Thlr.

5) 54 Exempl. dess. Kupferstichs Epreuve d'Artiste à 50 Thlr.

6) 10 Exemplare desselben Kupferstichs höchst sauber nach dem Original von renommierten Künstlern in Del gemalt, mit Geldrahmen.

In Folge hohen Ministerial-Erlasses ist die Auspielung ge-stattet, und findet die Ziehung am 1. März 1850 statt.

Loose werden nur noch bis Ende dieses Monats ausgegeben, nach diesem Termine treten un-widerruflich die früheren Ladenpreise à 16 Thlr., 24 Thlr., 32 Thlr. und 50 Thlr. wieder ein.

Von 8000 Leesen, die ausgegeben werden, wird jede Niete durch 1 Exemplar des Kupferstichs à 16 Thlr. Subscript.-Preis gedeckt. Der Preis eines Leeses ist Drei Thaler Preuß. Courant.

Für Görlitz und Umgegend debitirt Loose und liegt das selbst ein Exemplar der Nieten-Gewinne à 16 Thlr. aus,

[79] **die Buchhandlung**

von

G. Heinze & Comp. in Görlitz,
Oberlangengasse No. 185.

Berlin, im Januar 1850.

J. Staudt.

Bekanntmachung.

Einem verehrten hiesigen und auswärtigen Publi-kum zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich durch den Wohlwollenen Magistrat es erlangt habe, mit mei-nem Chore alle Musikaufführungen, sei es bei Freud oder Leid, zu übernehmen, und hoffe bei diesfall-sigen Aufträgen ein geehrtes Publikum durch die größte Billigkeit und gewiß prompte Bedienung zufrieden zu stellen.

Lange, Musik-Dirigent.

Wohnhaft in der Krischelgasse No. 46., beim [90] Tuchschereermeister Hrn. Christmann.

[91] Es wird zu Dürern ein ordentliches Dienstmädchen gesucht. Das Nähere in der Expedition der Laufiger Zeitung.

Literarische Anzeige.

Bei **G. Heinze & Comp.** in Görlitz, Oberlangengasse No. 185., ist zu haben:

Der Waldeck'sche Prozeß.

Authentische Ausgabe

der
Prozeß-Verhandlungen in der Waldeck'schen
Untersuchungssache.

Mit mehreren noch ungedruckten Aktenstücken.

Zweite Auflage.

18 Bogen kreisch. Preis 6 Sgr.